



TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Titel: Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlingskinder

Entschließungsantrag

Von: Dr. Helmut Peters als Delegierter der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz
Dr. Gisbert Voigt als Delegierter der Ärztekammer Niedersachsen
Dr. Thomas Fischbach als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Heidrun Gitter als Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer
Olaf Büchter als Delegierter der Ärztekammer Westfalen-Lippe
Detlef Schmitz als Delegierter der Ärztekammer Niedersachsen
Dr. Tilman Kaethner als Delegierter der Ärztekammer Niedersachsen
Dr. Joachim Suder als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Agnes Trasselli als Delegierte der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Peter Scholze als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Roland Freßle als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 119. Deutsche Ärztetag 2016 fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Gesundheitskarte gemäß Kinderrechtskonvention für Kinder und Jugendliche verbindlich und flächendeckend eingeführt wird, um bürokratische Hindernisse schnellstmöglich zu beseitigen.

Begründung:

Das Asylbeschleunigungsgesetz hat die Rechtsgrundlage dafür geschaffen, dass die Bundesländer mit den Krankenkassen die Einführung einer Krankenkassenkarte freiwillig vereinbaren können.

Es zeigt sich aber, dass die Einführung der Gesundheitskarte sehr unterschiedlich weit vorangeschritten ist, wie auch ein aktueller Bericht im Auftrag der Bertelsmann Stiftung belegt. Die meisten Bundesländer haben die Gesundheitskarte bislang nicht eingeführt oder werden diese aus politischen Gründen auch nicht einführen.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0

ANGENOMMEN



Bislang macht es daher einen großen Unterschied, in welchem Bundesland geflüchtete Menschen unterkommen. Anträge zur Gewährung von Hilfsmitteln und Therapien für chronisch kranke, behinderte und seelisch erkrankte geflüchtete Menschen dauern in manchen Bundesländern viele Monate bis hin zu zwei Jahren.

ANGENOMMEN